

## **Bündnisse für Familien – ein neues Kapitel der Bürgergesellschaft?**

Eine der Besonderheiten erfolgreicher Familienpolitik besteht darin, dass sie nur im Zusammenspiel vieler unterschiedlicher Akteure gelingen kann. Dieses Erkenntnis setzt sich entgegen der langläufigen Meinung immer noch sehr schwerfällig durch. Die Voraussetzungen für eine generationsübergreifende Engagementstruktur mit konkreten Umsetzungsempfehlungen sind durch die Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“ schon 2004 konkret beschrieben worden.<sup>1</sup> Damit Familienpolitik ihre gesamtgesellschaftliche Wirkung tatsächlich entfalten kann, sind bereichsübergreifende Handlungsansätze und Akteurskonstellationen notwendig. Neben den Akteuren aus dem Sozialbereich sind daher Sozialpartner, Akteure der Zivilgesellschaft und nicht zuletzt die Familien selbst unverzichtbare Voraussetzung für eine wirkungsvolle Umsetzung.

Einen entscheidenden Schritt zu neuen Bündnisstrategien unternahm die damalige Bundesfamilienministerin Renate Schmidt mit der Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“<sup>2</sup> im Jahr 2004. Seitdem haben sich im Bundesgebiet 643 lokale Bündnisse gegründet bzw. aus bereits bestehenden familienpolitisch ausgerichteten Zusammenhängen entwickelt. Mittlerweile engagieren sich mehr als 13.000 Akteure in rund 5.200 Projekten für mehr Familienfreundlichkeit.<sup>3</sup>

Entsprechend der inhaltlichen Kernthemen der meisten Bündnisstandorte wie „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und dem „Ausbau einer verlässlichen Kinderbetreuung“ setzen sich die Bündnisse zu einem hohen Anteil aus Unternehmen, Vertreter/innen der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern und Akteuren der Verwaltung und sozialen Arbeit zusammen.<sup>4</sup> Der Blick in die Bündnisstruktur zeigt, dass nur wenige Bündnisse von Familien bzw. Familienmitgliedern vor Ort getragen werden, obwohl in der Gründungsphase 2004 und 2005 immerhin 75 % der Bündnisse gegenüber Familien als partizipationsoffen galten.<sup>5</sup> Kennzeichnend ist vielmehr die Beteiligung institutioneller Akteure.

---

1 Abrufbar unter: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle>.

2 [http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/static/newsletter/nwsl\\_05-04-2004.htm](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/static/newsletter/nwsl_05-04-2004.htm).

3 Die Zahlen sind abrufbar unter: <http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de> (28.02.2011).

4 Ebd.

5 Heitkötter 2005.

## **Der Berliner Familienbericht 2011 – Partizipation als Richtschnur**

Wie Familien sich im Zusammenspiel mit institutionellen Akteuren engagieren können, veranschaulicht das Konzept des Berliner Beirats für Familienfragen. Der Familienbeirat, vom Berliner Senat im Jahr 2007 ins Leben gerufen, setzt sich aus 23 Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Kirchen, Verbänden und Zivilgesellschaft zusammen. Es berät als ehrenamtliches und überparteiliches Gremium den Senat in allen familienpolitischen Fragestellungen und setzt sich aktiv für die Interessen der Berliner Familien ein. Erstmals wurde dem Berliner Beirat für Familienfragen in der Legislaturperiode 2006–2011 die Erstellung des Familienberichts für das Land Berlin übertragen.<sup>6</sup> Dabei hat der Beirat den Grundsatz: „Der Berliner Familienbericht wird nicht über, sondern mit den Berliner Familien erarbeitet“ zur Richtschnur für den Bericht gemacht.<sup>7</sup>

Um möglichst vielen Familien und verschiedenen Familienmitgliedern die Möglichkeit der Partizipation zu eröffnen, hat der Familienbeirat auf unterschiedliche Beteiligungsinstrumente gesetzt. So fanden 2008 und 2010 Online-Dialoge unter [www.zusammenleben-in-berlin.de](http://www.zusammenleben-in-berlin.de) statt. Vier Wochen lang waren die Berliner Familien eingeladen, sich über das Familienleben in der Stadt auszutauschen, konkrete Vorschläge und Ideen zu entwickeln sowie Kritik zu formulieren. Die Online-Dialoge waren jeweils zeitlich begrenzt und wurden extern moderiert. In einer sehr konstruktiven Gesprächsatmosphäre und mit einer ergebnisorientierten Beteiligung der Familien wurden in jedem Dialog konkrete Vorschläge für ein familienfreundlicheres Zusammenleben erarbeitet. In einem zweiten Schritt führte der Berliner Beirat für Familienfragen in unterschiedlichen Bezirken ganztägige Familienforen durch. In ausgewählten Bezirken, die die typische Vielfalt Berlins widerspiegeln, diskutierten Familien und familienpolitische Expertinnen und Experten des jeweiligen Sozialraums über die Bedingungen des Familienlebens im Kiez. Die Foren waren kostenlos, für Kinderbetreuung und Verpflegung wurde gesorgt.

Die Topthemen der Familien waren Betreuung und Bildung, die Bedingungen für ein „familienfreundliches Wohnumfeld“, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie geeignete und bezahlbare Freizeitangebote, insbesondere für ältere Kinder und Jugendliche.<sup>8</sup> Den Teilnehmenden wurde von Beginn an kommuniziert, dass

6 [http://www.familienbeirat-berlin.de/fileadmin/Familienbericht/Berliner\\_Familienbericht\\_2011\\_online\\_NEU.pdf](http://www.familienbeirat-berlin.de/fileadmin/Familienbericht/Berliner_Familienbericht_2011_online_NEU.pdf).

7 Ruhestroth-Bauer 2011, 116 ff.

8 Der Abschlussbericht ist abrufbar unter: <http://www.familienbeirat-berlin.de/fileadmin/Familienbericht>.

ihre Anregungen, Kritikpunkte und konkreten Vorschläge unmittelbar dem Senat und damit an die Verantwortlichen von Politik und Verwaltung weitergeleitet und zur Diskussion gestellt werden. Dieser Grad an Verbindlichkeit wurde nicht nur vom Familienbeirat proaktiv kommuniziert, sondern auch von den Familien eingefordert.

## **E-Partizipation als attraktives Angebot**

Die verschiedenen Instrumente der Beteiligung (virtuell und vor Ort) haben sich sinnvoll ergänzt. Mit ihnen wurden unterschiedliche Zielgruppen angesprochen und individuelle Bedürfnisse des Engagements berücksichtigt. So gelang es in den Familienforen in einem weitaus höheren Maß, Familien mit Migrationshintergrund zu beteiligen. Bei den Online-Dialogen kam der anonyme und zeitlich flexible Zugang vor allem Personen entgegen, die unter Zeitknappheit leiden und sich in ihrem Alltag nicht zu festen regelmäßigen Anlässen im Rahmen einer Organisation oder eines Projekts engagieren können oder wollen. So beteiligten sich bei den Online-Dialogen auffällig viele Männer, Alleinerziehende und Selbstständige.

Dieses Ergebnis hat vor dem Hintergrund der Diskussion, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht allein auf die Frage der Verbindung von Beruf und Familie reduziert werden dürfe, sondern vielmehr im Sinn einer demokratischen Praxis der Bürgerinnen und Bürger dreipolig<sup>9</sup> zu verstehen sei, besondere Bedeutung. Will man sowohl beide Geschlechter als auch verschiedene Familienformen gesellschaftlich teilhaben lassen, macht eine zeitgemäße Engagementpolitik sicherlich auch neue Beteiligungswege erforderlich.

## **Fazit**

Der Ansatz, Partizipation durch verschiedene Beteiligungsformen zu realisieren, hat mit den vorliegenden Ergebnissen einen hohen Grad an Authentizität erlangt. Familien erörtern die Themen, die sie selbst beschäftigen und liefern pragmatische Lösungsansätze. Sie zeigten eine hohe Verbundenheit mit ihrer Stadt und betonten bei aller Kritik auch die positiven Seiten Berlins. Die Vielzahl der pragmatischen und kreativen Vorschläge zeigte das Interesse der Bürgerinnen und Bürger, sich für ihre Stadt, vor allem für ihren Kiez, einzusetzen und sich dort mit eigenen Ideen in die zukünftige Entwicklung ihres Lebensumfelds einzubringen.

---

9 Heitkötter/Jurczyk 2010, 492.

Die Ergebnisse der Beteiligungsverfahren belegen auch, dass Familien eben nicht nur auf die an sie gerichteten Angebote warten, sondern vielfach gerne selbst aktiv werden wollen.

Die Einbeziehung von bürgerschaftlichem Engagement ist jedoch stets an bestimmte Rahmenbedingungen gebunden: So steht die Bereitschaft der Politik, sich auf die Vorschläge und Ansätze tatsächlich einzulassen, sicherlich an erster Stelle. Nur wenn glaubwürdig vermittelt wird, dass diese Bereitschaft vorhanden ist, wird aus einem partizipativen Prozess konkretes Engagement. Die Beteiligung und die Zielrichtung des Prozesses müssen von Beginn an transparent sein, die Familien müssen wirklich mitentscheiden können. Und schließlich ist die Kommunikation des gesamten Prozesses – weit über die Fachöffentlichkeit hinaus – ein Schlüssel für die professionelle Vorbereitung und Umsetzung des Verfahrens.

## **Literatur**

Berliner Beirat für Familienfragen (2011): Zusammenleben in Berlin. Der Familienbericht 2011, Berlin.

Heitkötter, M. (2005): Lokale Bündnisse für Familie: Zwischenresümee und Herausforderungen aus wissenschaftlicher Sicht, Berlin.

Heitkötter, M./Jurczyk, K. (2010): Angaben fehlen (S. Anm. 9) !!!

Ruhenstroth-Bauer, Peter (2011): Dialog auf Augenhöhe – Wer Beteiligung erwartet, muss sich auch auf Veränderungen einlassen“ in „Demokratie leben lernen - Jugend, Politik und gesellschaftliches Engagement“ Berlin.